

Belziger kämpfen um Kinderstation

„Nun reicht's“, werden sich der Kinderarzt Dr. med. Burkhard Kroll und die Kita-Leiterin im Familienzentrum in Bad Belzig gesagt haben, als sie zu einer Protestdemonstration aufriefen. Auslöser war, dass im Johanniter-Krankenhaus Bad Belzig die Kinderstation nur noch acht Stunden täglich mit einem Kinderarzt besetzt sein soll. Nachdem bereits in den Vorjahren andere Stationen geschlossen oder zusammengelegt wurden, läuten nun alle Alarmglocken.



Foto: Reinhard Frank

Der Aufruf der beiden Initiatoren zur Demonstration am 25. Januar brachte mehr als 300 Menschen zur größten Demonstration, die Bad Belzig seit der Wende gesehen hat, auf die Straße. Von jungen Eltern mit Kindern bis zu RentnerInnen waren alle Altersgruppen vertreten. Nur die politisch Verantwortlichen hielten sich sehr zurück. Vom Rathaus zogen die Menschen mit Transparenten und Trommelwirbel durch die Stadt bis zum Johanniter-Krankenhaus. Dort lud der Ärztliche Direktor Dr. med. Heßler zu einer Podiumsdiskussion in den Aufenthaltsraum ein. Im Podium saßen u. a. ein Vertreter des Potsdamer Klinikums, des Gesundheitsministeriums und die Bad Belziger Bürgermeisterin. Im überfüllten Versammlungsraum brachten die Betroffenen energisch ihren Unmut, aber auch ihre Erwartungen vor. Hauptforderung war die Betreuung der kleinen Patienten

vor Ort rund um die Uhr. Auch die Sicherung der Frauen- und Geburtsstation wurde gefordert. Doch der Arzt aus dem Bergmann-Klinikum dämpfte diese Erwartungen. Es wurde ein „runder Tisch“ gefordert, um die Alternativen zu diskutieren. Schon fünf Tage später kam dieser zusammen. Nach Aussage eines Teilnehmers gaben sich die Entscheidungsträger zurückhaltend, wollten Ruhe bewahren und sachliche Diskussionen führen. Seiner Meinung nach spielen sie auf Zeit; Zeit, die eigentlich nicht vorhanden ist. Deshalb machen die Initiatoren weiter Druck und starten eine Unterschriftenaktion.

Die LINKE im Kreistag hat sich – wie bekannt ist – ständig und vehement um die Belange des Krankenhauses bemüht. Das Thema wurde im Sozialausschuss und durch Anfragen an den Kreistag immer aktualisiert. Doch die Antworten waren dürftig und unverbindlich. Nun soll im März das Johanniter-Krankenhaus durch das Bergmannklinikum übernommen werden. Der Landkreis, der noch 25,1 % Anteile am Krankenhaus hält, muss laut Landrat dem Verkauf nicht zustimmen. Dieser will aber dem am 28. Februar tagenden Kreistag eine entsprechende Vorlage zur Kenntnis geben. DIE LINKE sieht das anders, ebenso die Bürgermeisterin, die eine kritische Begleitung des Verkaufs durch die Kreistagsmitglieder fordert. Wie diese sehen auch wir das Kommunalparlament in der Pflicht, sich für eine optimale Gesundheitsversorgung im Fläming einzusetzen. Fraglich bleibt, ob auch die Vertreter der anderen Fraktionen ihren Wählerauftrag so verstehen, insbesondere jene, die im berlinnahen Raum wohnen. Das Wort „Solidarität“ darf nicht zu einem Fremdwort werden. ■

Astrit Rabinowitsch
Kreistagsmitglied der LINKEN und
Vorsitzende des Sozialausschusses

Angemerkt von:
Wolfgang Erlebach,
Kreisvorsitzender



Gleichwertige Lebensverhältnisse

Potsdam-Mittelmark ist ein Landkreis der Unterschiede. Regionale Vielfalt ist gut, so lange es gleichwertige Lebensverhältnisse gibt und niemand das Gefühl haben muss, abgehängt zu werden. Sei es beim Nahverkehr, bei der gesundheitlichen Versorgung, bei Bildung oder Kultur. DIE LINKE hat sich seit Jahren für einen gerechten Ausgleich stark gemacht. Das Regionalbudget (siehe Seite 3), eine Idee der Linken, ist inzwischen eingeführt worden. Es gleicht - in Grenzen - die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Kommunen aus und wirkt der Gefahr zu starker sozialer Differenzierung entgegen. Die Herausforderungen bleiben. Wir stellen neue Ideen auf den Prüfstand, wir wollen sie mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren. Wie sichern wir, dass auch Ältere umfassend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können? Oft ist das ein Problem geringer Mobilität. Wie geht es mit den erneuerbaren Energien weiter? Wo liegen ihre Grenzen? Und wie profitieren die Einwohner der Region davon? (siehe Seite 2) Was verlangt der demografische Wandel ganz konkret von uns? Dass Deutschland eine andere Familienpolitik braucht, weiß jeder. Was müssen und können Kreis und Kommunen dazu beitragen? Wie verknüpfen wir vorhandene Angebote besser? DIE LINKE hat nicht auf jede Frage die passende Antwort. Wir suchen sie im Gespräch. Auch auf der Internetseite www.dielinke-pm.de. Mischen Sie sich ein, wenn wir unsere kommunalpolitischen Vorstellungen und unser Kreiswahlprogramm entwickeln. ■

DIE LINKE.
Potsdam-Mittelmark

Nun auch Mali

Wenn Hinsehen, Erinnern und Nachdenken nicht so hoffnungslos aus der Mode gekommen wären – und zwar nicht nur in Deutschland, wenn also die Menschen lernbereiter wären, dann wären jetzt keine Soldaten aus Beelitz in Afghanistan und keine deutschen Kampftruppen in Somalia.

Auch in Mali wird es für die Bundeswehr nicht bei Transport- und Tankflugzeugen, Ausbildern und Sanitätern bleiben. Wir kennen das von anderen Kriegen, die relativ harmlos als „Schutzaktionen“ anfinnen. Weil sie von ihrer Natur her wenig mit Schutz zu tun haben, sind sie expansiv. Irgendwann und nach zu vielen Toten wird man sich daran erinnern, dass es auch in Deutschland wieder relativ einfach ist, Bundeswehrsoldaten zum Krieg in ein fremdes Land zu schicken, aber ein „ehrvoller“ Abzug nicht so einfach zu haben ist – vor allem nicht in Frieden. Und auch im derzeit offensichtlich im Siegesrausch befindlichen Frankreich wird die Kriegsbegeisterung mit den ersten toten Soldaten abnehmen und wieder kritische Fragen gestellt werden, nicht zuletzt zur eigenen Kolonialgeschichte. Hoffentlich auch in England. Über einen mittlerweile fast vergessenen britischen Kriegseinsatz im 19. Jahrhundert schrieb Theodor Fontane 1858 seine gleichfalls fast vergessene Ballade „Das Trauerspiel von Afghanistan“. Sie endet mit den Versen, die heute in Erinnerung gerufen wer-

den sollten: „Die hören sollen, sie hören nicht mehr, vernichtet ist das ganze Heer, mit dreizehntausend der Zug begann, einer kam heim aus Afghanistan.“

Die Liste von Kriegseinsätzen und „Schutzaktionen“ der USA ab Mitte des 20. Jahrhunderts ist lang, oft genug waren die Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien beteiligt: Korea, Vietnam, Laos, Kambodscha, Grenada, Dominikanische Republik, Libanon, Panama, Afghanistan, Jugoslawien, Irak, Libyen. Geschützt wurden nur die Interessen der Invasoren.

Und nun die Franzosen mit britischer und deutscher Unterstützung in Mali. Es braucht keine überbordende Phantasie und keinen bösen Willen, wenn man hier die USA ebenfalls mit im Boot sieht, wenn auch derzeit dezent im Hintergrund.

Zum besseren Verständnis des derzeitigen Kriegseinsatzes in Westafrika sollte man zwei Tatsachen in Erinnerung rufen. Da ist zum einen die französische Kolonialgeschichte vor allem in Nord- und Westafrika, ohne deren Auswirkungen – ähnliches gilt für die britischen Kolonialherren – die heutigen Auseinandersetzungen nicht zu verstehen sind. Und da ist zum anderen die einfache Wahrheit, dass Mali mittlerweile nicht nur wegen seiner geostrategischen Lage, sondern auch wegen seiner Bodenschätze interes-

sant geworden ist. Das Land ist Afrikas drittgrößter Goldproduzent und hat große Vorkommen von Uran, Kupfer, Silber, Phosphat und Bauxit, die von internationalen Konzernen abgebaut werden.

Es ist immer wieder das gleiche Muster: Ein Land wird bewusst aus dem Ausland heraus destabilisiert, meist unter Nutzung vorhandener inländischer politischer Widersprüche. Oppositionelle Gruppen werden ideologisch, beim organisatorischen Aufbau und bei der Infiltration unterstützt und heimlich bewaffnet. Damit wird die Büchse der Pandora geöffnet. Dann greifen die bekannten Großmächte ein, um „Frieden“ zu bringen – und die nächste Operation nach bekanntem Muster vorzubereiten. Man sollte diese Kriege als das bezeichnen, was sie sind: imperialistische Kriege. Nur ein politisch Blinder kann übersehen, dass die derzeitigen Verhältnisse in Mali ohne die militärische und ideologische Zerstörung Libyens nicht möglich wären. Und diese Aggression liegt nicht so lange zurück, als dass man sich ihrer nicht erinnern könnte. Zumal aktuell ja nicht nur in südlicher Nachbarschaft Libyens destabilisiert wird.

In diesem Zusammenhang empfehle ich zur Information die Website der AG Friedensforschung: <http://www.ag-friedensforschung.de>. ■

Jörg Trinogga

Energiewende sozial gestalten!

Die anstehenden Strompreiserhöhungen können die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger und der mittelständischen Wirtschaft für die Energiewende gefährden: Bezahlbare Strompreise müssen für alle gewährleistet werden. Wenn jetzt nicht endlich die soziale Dimension der Energiewende ins Zentrum des politischen Handelns gerückt wird, besteht die Gefahr, dass diese so wichtige Wende scheitert. Ohne breite Zustimmung in der Bevölkerung und bei der Wirtschaft wird der ökologische Umbau der Energieversorgung nur schwerlich gelingen. Energie gehört für DIE LINKE zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Versorgung mit Strom ist zentral für ein menschenwürdiges Wohnen und die gesellschaftliche Teilhabe.

Deshalb fordern wir:

- Der Strompreisanstieg aufgrund der Umlage des Erneuerbare Energien-Gesetzes (EEG) könnte durch die Abschaffung der Stromsteuer kompensiert werden.
- Die Einführung bundesweiter Sozialtarife für Strom: Darüber hinaus müssen die bestehenden Transfersysteme, zum Beispiel zur Grundsicherung, angepasst werden.
- Abwrackprämie für Stromfresser: Der Erwerb von Energiespargeräten darf nicht an der Geldbörse scheitern.
- Die Befreiungen bzw. Ermäßigungen großer Unternehmen bei EEG-Umlage und Netzentgelten zu Lasten der privaten Haushalte, des Handwerks

und des Mittelstands müssen abgebaut werden. Lediglich wenige, notwendige Ausnahmen für besonders energieintensive Betriebe, die im internationalen Wettbewerb stehen, sind – nur im Umfang der tatsächlichen Konkurrenzsituation – zu genehmigen.

- Die auf die Mieter umzulegenden Kosten für die energetische Gebäudesanierung müssen begrenzt werden, um soziale Härten zu vermeiden. ■

Thomas Domres, Fraktionssprecher der LINKEN im Brandenburger Landtag für Energiepolitik

Erfolge muss man sich erarbeiten

Interviewt: Kathrin Menz, Sprecherin der Fraktion im Kreistag

mml: Neben der Tätigkeit im Kreistag Potsdam-Mittelmark bist du Vorsitzende der Gemeindevertretung Seddiner See, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Finanzausschusses der Gemeindevertretung, Lehrerin und Mutter. Auf welche Aufgaben konzentrierst du dich zuerst?

Ich versuche alles unter einen Hut zu bekommen und die Aufgaben zu 100 Prozent zu erfüllen. Durch den zeitigen Beginn meiner Schultätigkeit in Potsdam gehe ich den Tag so an, dass ich mich bis 15 Uhr voll auf die Arbeit konzentriere, danach sind die anderen Aufgaben dran. Zwei Mal in der Woche nehme ich mir die absolute Zeit für die beiden Enkel.

mml: Mit Thomas Singer bildest du eine Doppelspitze der Fraktion DIE LINKE im Kreistag. Welche Erfahrungen habt ihr damit gesammelt?

Zunächst hatte die Verwaltung ja das Problem, dass sie nicht wusste, ob wir nun beide das Geld für den Fraktionsvorsitz erhalten sollen. Unsererwegen wurde extra die Aufwandsentschädigungssatzung geändert. Andererseits hat sich unsere gleichberechtigte Arbeit bisher gut gemacht. Wir ergänzen uns prima. Thomas ist mehr der Theoretiker, ich mehr der Praktiker. Ich klopfe beispielweise die Vorschläge von Thomas auf das Machbare ab. Wir hätten die Aufgaben als einzelne einfach zeitlich nicht geschafft.

mml: Die Verhältnisse im Kreistag Potsdam-Mittelmark sind gegenwärtig nicht so, dass ihr als Fraktion eine Mehrheit aufbauen könnt. Wie bringt ihr eure Anliegen im Parlament durch?

Es ist wohl so wie an vielen anderen Stellen, wir bringen unsere Ideen ein, sie werden abgelehnt und dann sind sie plötzlich wieder als Idee einer anderen Fraktion da. Zum Beispiel als es um die Wirtschaftsförderung ging, da wurde die Idee von der CDU aufgegriffen. Wir versuchen es immer wieder, als pragmatische Fraktion uns auf die Belange der Bürgerinnen und Bürger zu konzentrieren. Die zu Beginn der Legislatur gegründete Koalition im Kreistag war für die SPD wichtiger als der freie Gedankenaustausch mit allen. Im Moment ist es so, dass die Mehrheiten durch schwarze Politik



*Kathrin Menz aus Neuseddin will alles zu 100 Prozent
Foto: Reinhard Frank*

bestimmt werden. Wir versuchen es dennoch immer wieder und sind stolz, dass wir zum Beispiel das Kreisentwicklungsbudget auf den Weg gebracht haben. Hier versuchen wir, die großen strukturellen Unterschiede im Landkreis wenigstens etwas auszugleichen. Der große Erfolg zeigt, dass wir hier auf das richtige Pferd gesetzt haben. Weitere Beispiele, wo wir uns intensiv engagieren, sind das Kreis-Krankenhaus, die KITA-Satzungen, die Musikschule und die Volkshochschule im Kreis, gerechter Lohn für die Arbeit, Integrationsbeauftragte und anderes.

mml: Als Gemeindevertreterin bist du sehr nah an den Problemen deines Wohnumfeldes dran. Was bewegst du hier?

Zurzeit ist ganz aktuell unser DORV-Projekt. Darin geht es um die Rundumversorgung des Ortes in einem ehemaligen Markt der Region. Hier engagieren sich viele Bürger unter anderem mit Anteilscheinen und wir sind auf einem guten Weg. Bisher haben wir 50.000 Euro über diesen Weg zusammen bekommen. Weiterhin haben wir ein Leitbild für die Gemeinde auf den Weg gebracht, das zeigen soll, wohin wir wollen und was Neuseddin sein wird. Dazu wurde ein Extra-Ausschuss mit Interessenten gebildet. Vielleicht darf ich die Möglichkeit dieses Interviews gleich noch nutzen, aufzurufen, dass die Fraktion noch Personen sucht, die uns helfen können und die sich in die Sache einbringen wollen. ■

Vielen Dank für das Interview! Dir weiter viel Kraft in der Arbeit für deine Tätigkeiten. Das Interview führte Reinhard Frank

Stichwort:

Kreisentwicklungsbudget

Bereits zum dritten Mal wird das Budget, das auf eine Idee der LINKEN im Kreistag zurückgeht, im Haushalt von Potsdam-Mittelmark verankert. Damit werden Projekte und Finanzierungen, vor allem in finanzschwachen Kommunen des Kreises gefördert, die sonst trotz ihrer Dringlichkeit „durch den Rost“ der Bestimmungen und Förderrichtlinien fallen würden. Oder für die in den betreffenden Gemeinden keine Finanzmittel bereitgestellt werden können.

Dabei geht es vor allem um den Grundgedanken der brandenburgischen Verfassung und des Grundgesetzes der Bundesrepublik, nach denen festgelegt ist, dass sich die Politik an einer möglichst gleichmäßigen Entwicklung aller Regionen und der Lebensverhältnisse des Landes orientieren muss.

Schon bei der ersten Auflage des Kreisentwicklungsbudgets mit einer halben Million Euro ausgestattet, wurde schnell klar, dass das Budget nicht ausreichen würde, alle Antragsteller zu berücksichtigen. So übertraf die Summe der Anforderungen den zur Verfügung stehenden Finanzrahmen in den vergangenen zwei Jahren doppelt bis dreifach. Für den Doppelhaushalt 2013/14 sind nun 750.000 Euro eingeplant. Da auch diese Summe bei weitem nicht ausreichen wird, beantragt DIE LINKE im Kreistag eine Erhöhung auf eine Million Euro. Geld, das einen überaus hohen Nutzeffekt hat und für finanzklamme Kommunen am südlichen Rand des Kreises oftmals die letzte Möglichkeit zur Projektumsetzung bedeutet. Ein Beispiel für die Verwendung dieser Mittel zeigt sich bei der Beantragung von 3.000 Euro für die Sanierung des Daches eines dörflichen Jugendclubs. Während solche Einrichtungen mittlerweile eine Seltenheit in der Weite des Kreises darstellen, konnte der Erhalt durch diese vergleichsweise kleine Summe gesichert werden. Die großen Kommunen an der Stadtgrenze Berlins können dagegen Ausgaben dieser Größenordnung bezahlen und müssen sich oftmals mit den Begehrlichkeiten von Gemeindevertretern und Stadtverordneten „herumschlagen“, deren Finanzierung in die Hunderttausende Euro geht. Ist doch gerade Potsdam-Mittelmark ein Landkreis, in dem das große soziale Gefälle Deutschlands, das Ost und West, sowie das Nord- und Südgefälle, wie in einem Spiegel regional zu betrachten ist. ■ Klaus-Jürgen Warnick

Bundestagswahl 2013 – Norbert Müller stellt sich vor

mml: Du kandidierst zum ersten Mal für den Deutschen Bundestag. Deshalb wollen wir Dich gern unseren Lesern vorstellen. Mit 26 Jahren bist Du ein sehr junger Kandidat. Wie definierst Du Deine inhaltlichen Ziele, was willst Du verändern?

Norbert: Im Kern unserer Politik steht doch die soziale Frage. Und ihre Kernfrage ist die. Warum eigentlich wem was gehört? Warum soll es richtig sein, dass in diesem Land Millionen Menschen für den Reichtum einiger Weniger arbeiten? Etwas theoretischer ausgedrückt: Im Widerspruch von Kapital und Arbeit gewinnt gegenwärtig konsequent das Kapital. Das will ich nicht akzeptieren. Ich will, dass der von der Mehrheit der Menschen erschaffene gesellschaftliche Reichtum anders verteilt wird. Als Linke wollen wir die Lebensbedingungen der Menschen verbessern, die Arbeit humanisieren und gesellschaftliche Teilhabe sichern. Die Politik betreibt im Moment das Gegenteil. Hier müssen wir eingreifen.

mml: Mit dieser Kandidatur trifft man ja eine weitreichende Entscheidung für die Zukunft. Woher kommt Deine Motivation, Dich für die Belange Deiner Mitmenschen politisch einzusetzen?

Norbert: Die späten Kohl-Jahre und die Schröder-Fischer-Ära haben mich politisch geprägt. Die späten 90er Jahre waren eine Zeit, wo unter dem Leitsatz „Sozial ist, was Arbeit schafft“ die Zerstörung unseres Sozialstaates massiv betrieben wurde.

Gleichzeitig habe ich die Konsequenzen der neoliberalen Politik im eigenen familiären Umfeld immer wieder beobachten können und wie Menschen daran kaputt gegangen sind. Gegenwehr ist aber nur erfolgreich, wenn man sich zusammenschließt und gemeinsam kämpft. Deswegen organisiere ich mich in der LINKEN und ihrem Jugendverband.

mml: Warum denkst Du, für diese Aufgabe besonders geeignet zu sein?

Norbert: Viele andere wären genau so geeignet wie ich. DIE LINKE organisiert eine Menge Menschen, die wie ich für eine Umkehr des gesellschaftlichen Mainstreams der Umverteilung von unten nach oben kämpfen.



Foto: Karl-Heinz Zeihe

Generationswechsel im Wahlkreis 61 – der 26 Jahre alte Bundestagskandidat der LINKEN, Norbert Müller (rechts), kam am 21. Januar 2013 nach Werder (Havel), um sich den anwesenden 30 Wählerinnen und Wählern des Wahlkreises aus der Stadt Werder (Havel), Schwielowsee und Michendorf vorzustellen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Auf der Grundlage seines langjährigen Engagements in politischen und sozialen Vereinen, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie als aktives Mitglied der Linksjugend wurden u. a. Themen Jugend und Bildung, Billiglohnland Deutschland im Rahmen der europäischen Union, das Verhältnis LINKE zur SPD und viele weitere aktuelle Themen diskutiert. ■

Renate Vehlow (Foto links)
Ortsvorsitzende Werder

Besser geeignet als die KandidatInnen der anderen Parteien bin ich, weil ich die Interessen der Mehrheit der Menschen durchsetzen helfen will. Mit mir wird es weder eine weitere Zerstörung der Sozialsysteme geben noch Kriegseinsätze der Bundeswehr.

mml: Gibt es Zeiten im Leben von Norbert Müller, die völlig unpolitisch sind?

Norbert: Das ist wirklich oft schwer und für mein Umfeld auch manchmal anstrengend. Aber es ist ja immer was zu tun. Trotzdem habe ich inzwischen gelernt, dass man sich solche Freiräume schaffen muss, auch um den Kopf wieder frei zu bekommen. Ich gehe zum Beispiel gern segeln und habe mit meiner Frau eine kleine Jolle. Das ist ziemlich unpolitisch, oder? Ansonsten sorgt meine Familie inzwischen dafür, dass ich politikfreie Zeit habe: Unser Sohn verdient seine Aufmerksamkeit und fordert die auch mit Nachdruck ein. Und auch ein Haushalt macht sich ja nicht von alleine.

mml: Wie organisierst Du Deine Arbeit, so dass Du allen Funktionen gerecht wer-

den kannst?

Norbert: Ich versuche einfach viel zu arbeiten. Mein Leben ist nicht im Acht-Stunden-Rhythmus getaktet. Ich versuche jede Minute so gut wie möglich zu nutzen. Aber ich muss hier noch viel lernen. Ich denke, zu meinen Schwächen zählt, dass ich am Ende des Tages nie das geschafft habe, was ich mir vorgenommen habe. Vielleicht nehme ich mir einfach zu viel vor.

mml: Was bedeutet für Dich Glück, wonach strebst Du in Deinem Leben?

Norbert: Glück ist, wenn ich mit meinem Sohn toben kann und er sich vor Lachen schon verschluckt. Glück bedeutet zu sehen, wie Timon sich entwickelt und gerade anfängt uns nachzusprechen. Ich würde mir wünschen, dass irgendwann meine Kinder einmal sagen können, dass sie stolz auf ihren Papa sind, weil er vielen Menschen geholfen hat, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Das ist sicherlich erstrebenswert. ■

Das Interview führte Tina Senst (TF)

BER: Starkes Signal für mehr Nachtruhe

Nachgefragt bei Kornelia Wehlan, Verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag

Wie ist der Stand zum Volksbegehren?

Das Volksbegehren ist ein starkes Signal für mehr Nachtruhe und für die Gesundheit der Menschen am künftigen Flughafen. Das unterstützt DIE LINKE und wir erörtern dazu alle rechtlichen, bundes- und landespolitischen Möglichkeiten. Der Landtag hat das Volksbegehren jetzt an den zuständigen Fachausschuss übergeben. Der Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft erarbeitet die Stellungnahme für die Landtagssitzung im März. Am 21. Februar ist die Anhörung der Sachverständigen und Vertreter des Volksbegehrens im Ausschuss.

Welche Möglichkeiten sieht die Fraktion?

Wir sind dazu im Gespräch mit den Initiatoren des Volksbegehrens. Sie sind die Verfahrensbevollmächtigten für einen

Kompromiss. Sollte es keinen Kompromiss geben, der Landtag aber Handlungsbedarf für mehr Ruhe in der Nacht sehen, kann er auch einen eigenen Vorschlag alternativ zur Abstimmung beim Volksentscheid stellen.

Nun gibt es einen Sonderausschuss BER ...

Aus Sicht der LINKEN ist der Sonderausschuss ein geeignetes Instrument für mehr Transparenz, Offenheit und Öffentlichkeit. Wir wollen die Fragen Baufortschritt, Lärmschutzprogramm, Gesundheitsschutz und Finanzierung in einem Ausschuss bündeln. Parteien-Hick-Hack bringt da nichts - schon gar nicht für die betroffene Region. Der Landtag hat sich zu einer aktiv unterstützenden und nach vorn ausgerichteten Arbeitsweise verständigt. Für das schleppende Schallschutzprogramm kann das nur gut sein. ■

Vier neue Rettungswachen im Landkreis

Die Kreisverwaltung plant für die nächste Zeit den Bau von vier neuen Rettungswachen. Bereits in Arbeit ist der Neubau in der Werderaner Adolf-Damaschke-Straße, der im Herbst für die fünf Rettungswagen bezugsfertig sein soll. Auch für den in Michendorf zwischen Teltower Straße und Netto-Markt geplanten Bau einer neuen Rettungswache, der die für zwei Fahrzeuge zu kleine Wache in Langerwisch ersetzen soll, ist der Herbst Wunschtermin zur Fertigstellung. Die in

Brück an der B 246 geplante neue Wache soll bis Jahresende in Betrieb gehen und das Provisorium in Kloster Lehnin ersetzen. Für den in Treuenbrietzen auf dem Krankenhausgelände geplanten Neubau werden allerdings erst Gespräche geführt.

Die neuen Standorte sollen den Rettungsdienst in der Lage versetzen, im Kreis die Einhaltung der fünfzehnminütigen Hilfsfrist im Rettungseinsatz zu ermöglichen. ■

Diana Golze im LINKEN Achter

DIE LINKE zieht mit einem achtköpfigen Team an der Spitze in den Bundestagswahlkampf. Das beschlossen der Bundesvorstand und die Landesvorsitzenden in Berlin. Bei der Namensfindung spielten regionale Fragen keine Rolle. Sehr wohl



Foto: KLH

aber ein Generationenmix sowie die Geschlechtergerechtigkeit und das Ziel, verschiedene Traditionslinien der fusionierten Partei angemessen zu beteiligen, sowie die Kerninhalte der LINKE zu vertreten. Die Brandenburgische Politikerin Diana Golze (im Foto rechts) ist Teil dieses Teams. Als kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion steht sie für soziale Sicherheit von Anfang an. Laut Gysi ist sie die "Anwältin der sozialen Rechte". Themen wie Armut, Rente und Gesundheit werden die Schwerpunkte im Wahlkampf sein. "DIE LINKE hat durchgerechnete Konzepte, für die wir streiten wollen. Ich möchte mit dazu beitragen, eine neue starke LINKE Fraktion in den Bundestag zu bekommen", so Diana Golze. ■

Grüße aus Niedersachsen

Liebe Genossinnen und Genossen, mit dem vorliegenden Ausgang der Landtagswahl haben wir alle nicht gerechnet. Bei dem Ergebnis reicht es auch nicht aus, nach möglichen Fehlern im Wahlkampfkonzept zu suchen. Eine andere Farbe für die Wahlplakate, mehr große oder kleine Plakate o.ä. hätten die Differenz zum Wahlergebnis nicht aufgeholt. Es sind ganz andere Ausgangsbedingungen wie für die Landtagswahl 2008. Die Protesthaltung gegen die Agenda 2010 ist abgeflaut, es ist nicht mehr angesagt es "denen", den Hartz IV-Parteien, zu zeigen. Wir sind jetzt dabei das Wahlergebnis auszuwerten. Dies werden wir auch im großen Ratschlag mit Initiativen, Bündnispartner, Gewerkschaften tun und dabei auch diskutieren, wie wir hier in Niedersachsen weiter machen.

Vielen Wählerinnen und Wählern in Niedersachsen ist klar, wofür DIE LINKE steht. Die soziale Sicherheit steht dabei ganz oben. Dies haben wir auch an den Info-Ständen, in Veranstaltungen bestätigt bekommen. Für die Entscheidung zur Wahl blieb trotzdem zu oft ein Aber..., welches von vielen Komponenten gefüttert wurde.

Wir alle haben gekämpft und dabei viel Unterstützung von euch, aus unserer Partei, aus dem ganzen Bundesgebiet erhalten. Es waren ganz unterschiedliche Maßnahmen: vom Plakate kleben und aufhängen über Infomaterial stecken bis zu Veranstaltungen vorbereiten und durchführen oder die vielen großen und kleinen Spenden für den Wahlkampf zu geben. Auch der Einsatz unserer "Promis" war wichtig und gut.

Dafür sage ich im Namen des Landesvorstandes herzlichen Dank!

Mit dem Ergebnis müssen wir jetzt solidarisch umgehen: ... wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren, wir werden weiter kämpfen!

Mit sozialistischen Grüßen Giesela Brandes-Steggewentz, Landesvorsitzende

Vor 80 Jahren: 27. Februar 1933

Wer hat den Reichstag angezündet?

Vor 80 Jahren brannte der Reichstag in Berlin. Unzweifelhaft ist, dass er angesteckt wurde. Der genaue Hergang aber ist bis heute noch immer nicht geklärt.

Die Nazis hatten unmittelbar nach dem Brand von einem kommunistischen „Fanal zum blutigen Aufruhr und zum Bürgerkrieg“ gesprochen und die KPD dafür verantwortlich gemacht. Der angebliche Kommunist Marinus van der Lubbe aus Holland wurde aufgrund seiner offensichtlich manipulierten Aussagen zum Alleintäter erklärt und nach einem Scheinprozess hingerichtet. Allerdings gab es von Anfang an Zweifel an Prozess und Schuldspruch. Van der Lubbe als Einzeltäter habe unmöglich den ganzen Reichstag innerhalb von zwei Minuten nur mit einem Stück Stoff anzünden können. Dieser Zweifel wird auch heute noch von Brandermittlungsexperten geteilt.

Der Behauptung vom „Einzeltäter“ widerspricht ganz offensichtlich, dass Hermann Göring, damals kommissarischer preußischer Innenminister, noch in der Brandnacht gezielt die kommunistische Presse verbot, die Parteibüros schließen und zahlreiche Funktionäre der Partei in „Schutzhaft“ nehmen ließ. Tags drauf hieß es in der Presse, dass Verhaftungen von KPD-Führern nach aufgestellten Listen in Berlin und in Preußen vorgenommen worden seien.

Wie sich Hermann Göring später im Reichstagsbrandprozess brüstete, ließ er von seinem Amtsantritt Ende Januar 1933 an eine große Verhaftungsaktion vorbereiten. Im Augenblick des Reichstagsbrandes habe er über tausende Adressen

verfügt. Allein in Berlin wurden 1500 KPD-Mitglieder festgenommen, darunter die gesamte Reichstagsfraktion. Mehr als 130 Persönlichkeiten des öffentlichen Le-



bens wurden Opfer der Verhaftungswelle, unter ihnen der KPD-Reichstagsfraktionsvorsitzende Ernst Torgler, der KPD-Reichstagsabgeordnete Hermann Remmle, die Berliner Stadträte Schminke (KPD) und Max Hodann, die für die Rote Hilftätigen Rechtsanwälte Alfred Apfel, Hans Litten und Ludwig Barbasch, die Schriftsteller Erich Mühsam und Ludwig Renn, das Mitglied des Staatsgerichtshofes der Weimarer Republik Prof. Felix Halle (KPD), Otto Lehmann-Rußbüldt, der langjährige Generalsekretär der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ u. a.

Wer also hatte Interesse an diesem Brand?

Die Reichstagswahlen vom Sommer 1932 hatten einen sichtbaren Stimmzuwachs für die KPD gebracht. KPD und SPD verfügten über mehr Sitze im Reichstag als die NSDAP. Der Reichstagsbrand

fiel nicht zufällig in den Wahlkampf für die Reichstagswahl vom 5. März 1933. Schon am Tag nach dem Brand wurde die „Reichstagsbrandverordnung“ als „Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ erlassen. Damit wurden die Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt und der Weg frei gemacht für die Verfolgung und Verhaftung politischer Gegner.

Nicht uninteressant sind Bemühungen um die Ermittlung der eigentlichen Brandstifter nach 1945. Neben einem sich Jahrzehnte hinziehenden „Historikerstreit“ ist auch die bundesdeutsche Justiz nicht ganz unschuldig an der ungenügenden Aufklärung. 1983 urteilte der Bundesgerichtshof im Rahmen eines Wiederaufnahmeverfahrens, van der Lubbe sei der Brandstifter gewesen – nur die Todesstrafe sei nicht rechtens. Wie der ehemalige Chefankläger des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals Robert Kempner, der das Wiederaufnahmeverfahren zusammen mit dem Bruder van der Lubbes betrieb, in seinen Erinnerungen berichtete, wurden in der Sache noch nicht einmal die damals noch lebenden und aussagewilligen Zeugen vernommen. Drei Wochen nach dem Brand, am 21. März 1933, gab Heinrich Himmler – zu diesem Zeitpunkt kommissarischer Polizeipräsident von München – in einer Pressekonzferenz offiziell die Errichtung eines politischen Konzentrationslagers bei Dachau bekannt, nach vielen „wildem“ Folterstätten und als Vorzeigeprojekt für das folgende Netz von Vernichtungslagern. Hier wurden in den zwölf Jahren seiner Existenz mindestens 200.000 Häftlinge gequält und 41.500 von ihnen ermordet. ■

Gerlinde Grahm

Das Projekt „Arbeitsgesetzbuch“

Vom 69. Deutschen Juristentag in München

Prof. Henssler, Präsident des Deutschen Juristentages, beschreibt in seinem Grußwort die Bedeutung wie folgt: "Auf der Grundlage wissenschaftlicher Gutachten und Referate diskutieren Juristinnen und Juristen ... den Weg zu einem besseren Recht und fassen in Abstimmungen viel beachtete Beschlüsse. Der Deutsche Juristentag ist als unabhängiges Forum von breiter Sachkunde in der Politik bekannt und anerkannt."

Umso bedeutsamer war das auf Initiative der Bundestagsfraktion DIE LINKE gemeinsam mit der Rosa Luxemburg Stiftung erarbeitete Projekt des Entwurfes

für ein Gesetz zur Regelung der Mindestbedingungen im Arbeitsverhältnis. In einer konstruktiven Atmosphäre begrüßten die Teilnehmer, hier vor allem auch der Präsident des Deutschen Juristentages, einer der Mitautoren des Arbeitsvertragsgesetzesentwurfes der Bertelsmann-Stiftung, den Entwurf als entscheidende Anregung, ein in sich geschlossenes, übersichtliches und die Arbeitnehmer schützendes Arbeitsrecht zu schaffen.

Es wurde hervorgehoben, dass sich aus der Bedeutung des Arbeitsrechts für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und

seiner besonderen Rolle bei der Erhaltung des Sozialstaates ein politischer Auftrag zur Schaffung eines einheitlichen arbeitsrechtlichen Gesetzeswerkes ergibt. Gerade diese Aspekte betonten in ihren einleitenden Bemerkungen auch die Mitglieder der Bundestagsfraktion DIE LINKE MdB Jens Petermann als Mitautor des Gesetzesentwurfes und Nicole Gohlke. Mit der Vorlage des vorgestellten Entwurfes eines Arbeitsvertragsgesetzes beginnt die Partei DIE LINKE diesen politischen Auftrag zu erfüllen. ■

*Dr. Steffen Hultsch
Gesprächskreis Arbeitsgesetzbuch der
RLS Berlin und LAG Arbeitsgesetzbuch
DIE LINKE Brandenburg*

Wir gehen mit unsrer (roten) Laterne? Über Hochschulfinanzierung unter Rot-Rot in Brandenburg

Bildung und Wissenschaft sind nicht nur Priorität in der LINKEN Programmatik, sondern auch im Regierungshandeln der Landesregierung von SPD und LINKE. Das muss sich natürlich auch im Haushalt des Landes widerspiegeln. Leider war Brandenburg in den vergangenen Jahren immer Schlusslicht bei der Finanzierung seiner Hochschulen, egal in welchen Bereichen. Schon in der Opposition haben wir diese Verhältnisse kritisiert und auch heute können wir mit der Ausstattung unserer Hochschulen bei weitem nicht zufrieden sein.

Brandenburg musste seine Wissenschaftslandschaft nach 1990 fast komplett neu aufbauen, es fehlte eine langjährige Universitäts-Geschichte, wie es sie in anderen Ländern gibt. Auch ist in Brandenburg ein sehr kleines Hochschulsystem entstanden, was sich auch an die wirtschaftlichen Verhältnisse im Land angepasst hat. Zusätzlich sind die Rahmenbedingungen (keine Neuverschuldung ab 2014, Schuldenbremse, zurückgehende Bundes- und EU-Mittel) nicht gerade günstig für große Sprünge im Landeshaushalt.

Dennoch hat es Rot-Rot geschafft, mehr Geld in Bildung und Wissenschaft zu investieren. Der Haushalt des Wissenschafts- und Kulturministeriums hatte zum Ende der CDU-SPD-Regierung ein Volumen von 566 Mio. Euro, das waren 5,6% des Gesamthaushaltes. Im letzten Haushaltsplan in dieser Legislatur 2014 wird das Ministerium über 746 Mio. Euro verfügen können, das ist ein Anteil 7,5%. Rot-Rot konnte damit den Etat für Wissenschaft und Kultur in 5 Jahren um 180 Mio. Euro steigern – und das sind mehr als nur Tariferhöhungen.

Auch speziell für die Hochschulen konnten wir Verbesserungen erreichen. Noch im letzten Haushalt unter Frau Wanka haben die Hochschulen 242 Mio. Euro bekommen, im Jahr 2014 werden sie 290 Mio. Euro bekommen. Dieses Plus von 20% entspricht etwa auch dem Zuwachs an Studierendenzahlen. Das ist mit Blick auf die Einsparungen in anderen Ministerien eine große Leistung, auch wenn die Grundausstattung aus Sicht der LINKEN immer noch nicht ausreicht. Daher ist der Gesamt-Zuwachs an Mittel zwar erfreulich, aber das liegt leider nur an zusätzlichen Mitteln im Hochschul-Etat,

nicht an der direkten Finanzierung der Hochschulen. Besonders positiv ist die von Rot-Rot gewollte und jetzt auch mit Geldern untersetzte Neueinrichtung von Studiengängen bei jüdischer Theologie, Inklusionspädagogik und Gesundheitswissenschaften. Im Bereich Forschung sind ebenfalls Steigerungen bis 2014 beschlossen worden, so dass in den nächsten zwei Jahren noch mal 15 Mio. Euro mehr dazukommen.

Dringend korrigiert werden muss auch der Vorwurf, Brandenburg wäre in allen Bereichen bei der Hochschulfinanzierung bundesweit das Schlusslicht. Das ist falsch. Nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind wir bei den Ausgaben pro Studierende bundesweit auf Platz 15 (bei den Fachhochschulen sogar auf Platz 8), bei den Ausgaben pro Professorin und Professor auf Platz 12 und bei den Ausgaben pro wissenschaftlicher/m Mitarbeiter/in auf Platz 4. Neben Brandenburg gibt es nur noch zwei andere Bundesländern, die von 2009 zu 2010 bei diesen drei Kennzahlen ein zweistelliges Plus erreicht haben. Ja, wir sind nicht Krösus bezüglich der Ausstattung unserer Hochschulen, aber wir haben Dank Rot-Rot auch nicht mehr die rote Laterne. SPD und LINKE setzen die Priorität bei Bildung und Wissenschaft, in beiden Haushalten ist das zu erkennen; im Bereich Wissenschaft wünscht sich DIE LINKE mehr und wir brauchen hier auch mehr. Aber angesichts der Rahmenbedingungen es ist eine gute, angemessene Ausstattung. ■

*Peer Jürgens,
Hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion
DIE LINKE im Landtag Brandenburg*

LINKE fordert Bedarfsplanung für Pfleger

Die Bundestagsfraktion der LINKEN fordert die Bundesregierung auf, die Zahl der Pflegekräfte in Krankenhäusern einheitlich und verbindlich festzulegen. Dies könne im Verhältnis zu Betten- oder Patientenzahlen geschehen, so die LINKEN in ihrem Antrag, den sie mit wachsendem Arbeitsdruck auf die Pflegekräfte begründen: „Viele der Pflegekräfte, die in Krankenhäusern beschäftigt sind, berichten mittlerweile über teils unhaltbare Zustände auf den Stationen.“ ■

DIE LINKE zu wichtigen Fragen des Gesundheitswesens

Aus Sicht der LINKEN ist es Aufgabe unseres Gesundheitswesens, eine gute, wohnortnahe Gesundheitsversorgung der Menschen in diesem Land zu gewährleisten – unabhängig von deren sozialer oder finanzieller Situation. Leider ist die Realität oftmals eine andere. Sie ist geprägt von steigender finanzieller Belastungen der Versicherten, von Krankenhausschließungen und immer weiter um sich greifender Privatisierung, vom Rückbau medizinischer Angebote in der Fläche und anderen Negativentwicklungen mehr.

Zu diesen Themen veranstaltete die Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit und Soziales Baden-Württemberg im Mai 2012 mit Unterstützung der Bundesarbeitsgemeinschaft Gesundheit und Soziales der Linkspartei eine Fachtagung, deren Beiträge jetzt in einer Broschüre veröffentlicht wurden.

In den Beiträgen der Tagung geht es um die Arzt-Patientenbeziehung („Vom rechten Weg abgekommen“), um linke Kritik an der aktuellen Gesundheitspolitik, um die Erwartungen linker Frauen an die Gesundheitspolitik, um die Solidarische Bürgerversicherung statt einer Zweiklassenmedizin und um die Finanz- und Personalnot kommunaler Krankenhäuser („Abwärtsspirale stoppen“).

Die Broschüre ist als BAG-Veröffentlichung Nr. 6 im Internet veröffentlicht und kann unter der URL: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/zusammenschlusse/bag_gesoz/BAG_Veroeffentlichung_Nr_6_web.pdf zum Kopieren und /oder zum Ausdrucken aufgerufen werden. ■

Studie: Deutsche im Job-Stress

Jeder fünfte Beschäftigte fühlt sich im Beruf überfordert, jeder Zweite arbeitet unter Termindruck, für fast jeden Zweiten hat der Job-Stress in den vergangenen zwei Jahren zugenommen. Das geht aus dem „Stressreport 2012“ der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hervor. Befragt wurden knapp 20.000 Beschäftigte. Auch das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) weist in seinem jährlichen Fehlzeiten-Report wieder auf stark steigende Ausfallzeiten durch psychische Erkrankungen hin. ■

Altanschießer: Mehr Gerechtigkeit möglich



Foto: Dieter Schütz/pixelio.de

Die Heranziehung der sog. Altanschießer an der Finanzierung sorgt in einigen Wasser- und Abwasserverbänden weiter für viel Unmut. Gut möglich, dass auch die Verwaltungsgerichte weiter mit entsprechenden Streitigkeiten befasst werden. Wahrscheinlich wird aber kein Gesetz und kein Gericht mehr eine Lösung finden, die alle Beteiligten als „gerecht“ empfinden. Auch wenn man es oft anders hört und liest: es geht um Anlagen, die **nach** dem 3. Oktober 1990 gebaut worden sind.

Gerichtsurteile aus dem Jahr 2007 lassen es zu, dass Eigentümer von Grundstücken, die schon vor diesem Zeitpunkt angeschlossen waren, an diesen Investitionen beteiligt werden. 2008 wurde das Landesgesetz in diesem Sinne angepasst. DIE LINKE hatte sich für eine Stichtagsregelung eingesetzt und dazu den Vorschlag einer Verjährungsregelung gemacht. Dieser Vorschlag fand keine Mehrheit. Die damalige Landesregierung entwickelte den Vorschlag einer modifizierten Regelung für Altanschießer und fügte zudem klarstellende Regelungen zur Anrechenbarkeit und zu Zahlungsmodalitäten in das Kommunalabgabengesetz

ein. Praktiziert wird diese Möglichkeit nur in ganz wenigen Verbänden. Mit ihr können aber, wie das Beispiel des WAZV „Nieplitz“ in unserem Kreis zeigt, durchaus alle Beteiligten leben. Man muss sie in den Zweckverbänden politisch wollen. Darüber befinden die in die Verbandversammlung entsandten Vertreterinnen und Vertreter. Eines neuen Gesetzes bedarf es dafür nicht. DIE LINKE unterstützt alle Initiativen, die sich auf diesem Weg für mehr Gerechtigkeit einsetzen. ■

Was - wann - wo?

2. März, 11 Uhr, Kongresshotel Potsdam, VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2013.

3. März, 10 Uhr, Kongresshotel Potsdam, Kommunalpolitische Aktivenkonferenz der LINKEN Brandenburg und des kommunalpolitischen forums Brandenburg.

8. März, Internationaler Frauentag, Blumen für die Frauen sowie bundesweit 500 Informationsstände in Deutschland.

8. März, 19 Uhr, Foyer des Rathauses Kleinmachnow, Eröffnung der Frauenwoche des Kreises Potsdam-Mittelmark mit einer Fotoausstellung von Tina Modotti "Fotografie und Revolution". Die Laudatio hält der Fotograf Thomas Billhardt. Die Ausstellung ist bis zum 9.4. zu sehen.

14. März, 18 Uhr Brandenburg an der Havel, Rolandsaal, Regionalkonferenz der Kreise Brandenburg, Potsdam, Havelland, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark.

23. März, 9.30 Uhr, Bad Belzig, Sitzung des Kreisvorstandes der LINKEN.

13. April, bundesweit Demonstrationen und Aktionen gegen die ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland im Rahmen der Aktion "UMfairTEILEN - Reichtum besteuern".

Ich will mehr über DIE LINKE wissen und möchte

- regelmäßig MITTELMARK LINKS lesen
- Mitglied der Partei DIE LINKE werden
- Kontakt zu einer Gruppe in meiner Nähe
- Partei und/oder Zeitung mit einer Spende unterstützen
- nähere Informationen der Partei zum Thema:

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Tel./E-Mail: _____

Bitte einsenden an: DIE LINKE, Redaktion MML, Straße der Einheit 53, 14806 Bad Belzig

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE, Potsdam-Mittelmark
V.i.S.d.P.: Dr. Wolfgang Erlebach
 Straße der Einheit 53, 14806 Bad Belzig
 Tel.: 033 84 13 25 47 * Fax: 033 84 14 38 80
Redaktion: Wolfgang Erlebach, Reinhard Frank, Jörg Trinogga
Internet: <http://www.dielinke-pm.de>
E-Mail: redaktion@dielinke-pm.de
Twitter/Facebook: MittelmarkLinks
Druck: Union Sozialer Einrichtungen Teltow
Auflage: 5000

Die nächste Ausgabe erscheint im Mai 2013
Redaktionsschluss dafür: 10. April 2013